

Flash SVP BL, Augustausgabe 2011

Der Schein trägt – Hinter den Kulissen wird der EU-Beitritt vorangetrieben!

Caspar Baader, Nationalrat SVP BL, Gelterkinden

Die SVP ist seit Jahren die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber für die Schweiz einsteht!

Wer die aktuellen Plakate für die kommenden eidgenössischen Wahlen betrachtet, bekommt plötzlich den Eindruck, dass anscheinend auch die andern Parteien gemerkt haben, dass der Zug in eine andere Richtung fährt, als sie bisher angenommen haben. Man glaubt, dass sie möglicherweise doch zur Kenntnis genommen haben, dass die Schweiz dank ihrem weltweit einzigartigen Staatssystem der direkten Demokratie und dank ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität heute wesentlich besser dasteht, als das in eine tiefe Schuldenkrise geratene Europa und die USA. Plötzlich beginnen die andern Parteien mit Slogans „aus Liebe zur Schweiz“ oder „keine Schweiz ohne uns“ etc. um die Wählergunst zu buhlen. Und noch nie haben deren Bundesrätinnen und Bundesräte so viele 1. August-Reden gehalten. Wieso hat die linke Bundespräsidentin kürzlich die von ihrer Partei so verehrte EU plötzlich derart attackiert? Ist ein Umdenken im Gang – oder macht man aus der Not eine Tugend? Haben die andern Parteien tatsächlich im Jahr 2011 die Schweiz und ihre Werte wieder neu entdeckt? Oder ist es nur ein Strohfeuer bis zu den nächsten Wahlen – ein Abwehrkampf gegen die SVP?

Fakt ist, dass Anfang dieses Jahres der Bundesrat der EU Vorschläge für weitere bilaterale Abkommen unterbreitet hat. Brüssel entgegnete prompt: Dies käme nur in Frage, wenn die Schweiz sich „institutionell“ einbinden lasse, d.h. in all jenen Bereichen, die durch bisherige und künftige Verträge geregelt sind, automatisch die Rechtsentwicklungen der EU übernehme und sich den Entscheiden des Europäischen Gerichtshofes unterwerfe. Im Klartext heisst das, die Schweiz müsste für diese Bereiche ihre Freiheit und ihr Selbstbestimmungsrecht aufgeben und fremdes Recht und fremde Richter akzeptieren – also genau das tun, was unsere Vorfahren im Bundesbrief ablehnten. Unsere Volksrechte wären mit einem derartigen Ansinnen nicht kompatibel und müssten für all diese Bereiche ausgeschaltet werden. Es droht uns damit eine massive Einschränkung unserer direkten Demokratie. Der Bundesrat bezeichnet dieses Vorgehen mit der unverständlichen Abkürzung „GKA“, ausgedeutet: gesamtheitlich koordinierter Ansatz.

Um Zeit bis nach den Wahlen zu gewinnen, hat der Bundesrat zwei Gutachten in Auftrag gegeben. So konnte er sich vor den Wahlen um einen Entscheid drücken und musste keine Farbe bekennen. Hinter den Kulissen – in den Verwaltungen und bei den Lobbyisten in Bern und in Brüssel – laufen aber die weiteren Integrationsmassnahmen auf Hochtouren weiter, notabene obschon der Nationalrat in der Sommersession mit Unterstützung der Mitteparteien den Abbruch der Verhandlungen über ein Agrarabkommen beschlossen hat. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass – sobald die Wahlen vorüber sind – die andern Parteien ihre vor den Wahlen aus reinem Opportunismus geäusserte Skepsis sofort wieder vergessen und sogar einer Beschränkung unserer Volksrechte zustimmen werden. Anders ist nicht zu erklären, dass sie es in der letzten Session erneut abgelehnt haben, das in Brüssel hängige EU-Beitritts-gesuch endlich zurückzuziehen.

Um dies zu verhindern muss die SVP die kommenden Wahlen gewinnen! Schweizer wählen SVP!